

Unbehagen auf der Stabilitätsinsel

»Das Richtige und das Notwendige« – ohne zu sagen, was ist? Eine Antwort auf Michael Brie und Dieter Klein

Eine Strategie von links, die sich nicht vorrangig der doppelten ökonomischen und demokratiepolitischen Herausforderung der Krise stellt, ist auf Sand gebaut.

Von Joachim Bischoff und Christoph Lieber

»Die große Frage auf dem linken Flügel des Parteienspektrums lautet: Wie schafft man in den nächsten vier Jahren aus einer bisher bloß arithmetischen Mehrheit für Rot-Rot-Grün erst eine gesellschaftliche und dann auch eine politische Mehrheit?« Mit dieser These versuchte Albrecht von Lucke in den »Blätter für Deutsche und Internationale Politik« dem Verzicht auf eine gründliche Wahlauswertung seitens der politischen Linken gegenzusteuern und eine Strategiedebatte anzustoßen.

Michael Brie und Dieter Klein (»nd« vom 30. 12. 2013) greifen diese Provokation zu einer politischen Grundsatzdebatte auf und stellen das »Richtige und Notwendige« eines immer noch anstehenden Politikwechsels in das Zentrum ihres Debattenbeitrages. In der Tat ist es eine zutreffende Einschätzung, dass ein wirklicher Politikwechsel überfällig ist; zutreffend ist unsere Erachtens auch, dass der Schlüssel für eine alternative Regierungspolitik nicht allein bei der Partei der LINKEN liegt, was nicht heißen kann, dass sie ihre bisherige Politik in der bisherigen Grundausrichtung fortführen kann.

Wie aber kann eine umfassende Erneuerung und Konkretisierung eines wirklichen Politikwechsels praktisch wahr werden? Erst wenn sich neben der Linkspartei nicht auch SPD und Grüne »entschieden auf einen Politikwechsel einlassen, könnte die plurale Linke die Merkel-Union aus dem Sattel werfen. Sonst bleibt es dabei, dass einzelne Reformen wie der Mindestlohn in die neoliberale Politik integriert werden.«

Diese Überlegungen sind sympathisch und realistisch. Für eine Veränderung der Strategie der pluralen Linken könnte sich »das Konzept einer doppelten Transformation als eines der theoretischen Fundamente einer solchen Strategie erweisen«. In ihr werden »systeminterner Wandel des Kapitalismus« und »Transformationen über ihn hinaus« zu einer »prozesshaften Politik« von Einstiegsprojekten wie Rekommunalisierung öffentlicher Versorgung oder gemeinwohlorientierter bis genossenschaftlicher Bewirtschaftungsformen hier und heute verbunden.

Wie tragfähig ist dieses Fundament? Brie/Klein benennen selbst eine wesentliche Voraussetzung: »Gerade weil die Wirtschaftslage der Bundesrepublik im Vergleich zum übrigen Europa relativ günstig ist, könnte die Bundesrepublik einen besonderen Beitrag zum Einstieg in eine Transformation des gegenwärtigen neoliberalen und finanzmarktgetriebenen Kapitalismus hin zu einer sozial und ökologisch regulierten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft leisten.«

Es kann nicht bestritten werden, dass Deutschland die große Krise seit 2007 gerade im Unterschied zu den andern westeuropäischen Metropolen Frankreich und Italien und erst recht den südeuropäischen Ländern ohne größere ökonomische Verwerfungen oder gar Einbrüche bewältigt hat. Aber – so unser kritischer Einwand – Brie/Klein blenden bei ihrer Bewertung »relativ günstig« die Kehr- und Schattenseite dieser Entwicklung aus: Die Stabilitätsinsel, die günstige Bedingungen für eine Strategie einer doppelten Transformation aufweist, bleibt also bestenfalls eine Insel in einem Meer von Unsicherheit und ökonomischen Verwerfungen.

Mehr noch: die große Mehrheit der »WahlbürgerInnen« bleibt bis heute einer Interpretation oder Deutung vom »bedrohten Paradies« verhaftet: »Viele Wähler sind zwar stolz oder dankbar, dass Deutschland bislang der Krise trotzen konnte. Dennoch herrscht ein latentes Unbehagen im Land. Deutschland wird als ein bedrohtes Paradies erlebt, in dem Werte wie Gerechtigkeit langsam erodieren. Die Zukunft ist für die Wähler derzeit nicht mit verheißungsvollen Vorstel-



»Hinter den Parolen steckt aber grausame Wirklichkeit«: Berlin im Agendajahr 2010

Foto: napri/photocase.com

lungen verbunden, sondern sie erscheint hauptsächlich als finstere Drohkulisse und Krisenszenario. Das Schreckgespenst der Krise lauert immer noch vor den Grenzen Deutschlands. Es soll daher weiterhin so lange wie möglich gebannt und in Schach gehalten werden.« (Rheingold-Institut im September 2013)

Diese Vorstellung, dass es zentrale Aufgabe der Politik ist, die Krisenprozesse möglichst weit außerhalb der nationalen Grenzen zu halten, ist die gesellschaftliche Basis für das Agieren als europäische Hegemonialmacht. »Der Wunsch, das bedrohte Paradies Deutschland aufrechtzuerhalten, eint derzeit die politischen Lager. Parteiübergreifend geben 81 Prozent der Wähler an, dass soziale Gerechtigkeit das primäre Ziel der Bundesregierung sein sollte. Und 78 Prozent der Wähler stimmen der Aussage zu, dass Deutschland in Europa stärker seine eigenen Interessen wahren sollte. Und umgekehrt stimmen nur 37 Prozent der Wähler der Aussage zu, dass sich Deutschland in Zukunft stärker in die europäische Gemeinschaft integrieren sollte. Es gibt allerdings große Unterschiede in den Vorstellungen der Wähler, wie der paradiesische Zustand langfristig erhalten werden kann und welches Bild Deutschland in Zukunft abgeben soll.«

Das Hauptproblem des Scheiterns einer Kampagne von einem vertablen Politikwechsel lag darin, dass die die politischen Akteure die emotionale Befindlichkeit der großen Mehrheit der Wahlbevölkerung ignoriert haben. Eine Vielzahl von Daten – von der Einschätzung der persönlichen ökonomischen Situation bis zum Konsum- und Investitionsklima – zeigten ein Land, das sich ökonomisch und politisch als Insel der Stabilität auf einem krisengegürtelten Kontinent sah. Gerade einmal acht Prozent der Bevölkerung äußerten sich im September 2013 pessimistisch in Bezug auf ihre persönliche ökonomische Zukunft.

Ja, es ist auch zutreffend, dass parteiübergreifend 81 Prozent der Wähler angeben, dass soziale Gerechtigkeit das primäre Ziel der Bundesregierung sein sollte. Aber dieser große Wunsch nach mehr sozialer Gerechtigkeit soll eben ohne die Gefahr einer massiven Verletzung der Stabilitätskonstellation umgesetzt werden – und diese Dimensionen haben die Parteien des linken Spekt-

rums nicht ernst genommen. Deutschland war mit der Agenda-Politik Vorreiter auf dem Weg zur Stabilitätsinsel und hat in kurzer Zeit seinen Arbeitsmarkt und das Normalarbeitsverhältnis dereguliert, seinen Niedriglohnssektor expandiert, fiskalische Austerität festgeschrieben und damit seine Wettbewerbsfähigkeit gegenüber seinen europäischen Nachbarn und Handelspartnern gestärkt. Das sind keine entwicklungs- und zukunfts-fähigen Rahmenbedingungen eines »ökonomisch relativ günstigen«, aber somit zugleich »bedrohten Paradieses« – und damit eben auch nicht förderlich für die Konzeption einer doppelten Transformation.

Aus dieser Einschätzung ergeben sich zwei zentrale Probleme, die unseres Erachtens am Beginn jeder strategischen Neuorientierung der politischen Linken bearbeitet werden müssen und die weder bei der Sozialdemokratie im Verbund der

krasses Licht auf das zweite systematische Problem:

b) Die ökonomisch bedingte Exklusion produziert eine Erosion politischer Willensbildung und Repräsentation und führt trotz gelegentlicher Schwankungen zu einem hohen und sozial verfestigten Nichtwähler-niveau gerade bei Menschen in prekären Lebensverhältnissen, vornehmlich in sozial gespaltenen urbanen Verhältnissen. Die Wahlbeteiligung im September 2013 betrug 70 Prozent. Bei den prekären Bevölkerungsschichten – hohe Arbeitslosigkeit, geringes Einkommen, hoher Anteil von Sozialtransfers, Bildungsferne etc. – ist die Wahlbeteiligung extrem niedrig: »Hinter der zunehmenden Ungleichheit der Wahlbeteiligung verbirgt sich eine soziale Spaltung der Wählerschaft. Deutschland ist längst zu einer sozial gespaltenen Demokratie der oberen zwei Drittel unserer Gesellschaft geworden«, wie es soeben in einer großen Studie über »Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013« hieß. Damit wird auch hierzulande trotz »relativ günstiger« (Brie/Klein) ökonomischer Situation »Demokratie zu einer exklusiven Veranstaltung für Menschen aus den mittleren und oberen Sozialmilieus der Gesellschaft, während die sozial prekären Milieus deutlich unterrepräsentiert bleiben.«

Eine Transformationsstrategie von links, die sich nicht vorrangig dieser doppelten ökonomischen und demokratiepolitischen Herausforderung stellt, ist auf Sand gebaut. Denn was sollen noch so moderne und diskursmächtige zivilgesellschaftliche Bündnis- und Crossover-Projekte ausrichten, wenn rund acht bis zehn Millionen Menschen außen vor bleiben – und so eine immer latente politische Manövriermasse für den bedrohlichen Rechtspopulismus in Europa bleiben, was bei Brie/Klein in ihren strategischen Überlegungen nicht thematisiert wird?

So begrüßenswert der Versuch ist, durch ein differenziertes und komplexes Transformationskonzept das antikapitalistische »Alleinstellungsmerkmal einer sozialistischen Linken« (Brie/Klein) argumentativ zu unterfüttern, es bleibt eine politisch relevante Realitätsschicht ausgeblendet. Gefordert wird eine Konzeption der »systeminternen progressiven Transformation«, mit der die »tiefe Verankerung bürgerlicher Denkweisen und

Maßstäbe in der Mentalität der Bevölkerungsmehrheit« aufgenommen werden kann. Diese Denkweisen und Mentalitäten haben aber viel mit den meritokratischen und besitzindividualistischen Wertorientierungen kapitalistischer Marktwirtschaften zu tun, die durch die finanzmarktkapitalistischen Veränderungen auf widersprüchliche Weise zugleich deformiert wie reaktualisiert werden. Verändert und aufgebrochen werden können diese Haltungen durch eine von gesellschaftlichen Mehrheiten unterstützte »überlegte und geplante Regulation des Marktes« (Karl Polanyi), die sich aber der Hartnäckigkeit wirtschaftsliberaler Laissez-faire-Politik bewusst ist und um die Gefahr der Entkopplung von Kapitalismus und Demokratie weiß, die die Zivilisationsbrüche des 20. Jahrhunderts erst ermöglichten, wie Polanyi bedrückend aktuell in seiner Analyse der großen Transformation 1932 diagnostiziert:

»Zwischen Wirtschaft und Politik ist eine Kluft aufgerissen. Das ist in dürren Worten die Diagnose der Zeit. Wirtschaft und Politik, diese beiden Lebensäußerungen der Gesellschaft, haben sich selbstständig gemacht und führen miteinander dauernd Krieg; sie sind zu Lösungen geworden, unter denen politische Parteien, wirtschaftliche Klassen ihre gegensätzlichen Interessen austragen. Es ist soweit gekommen, dass die Rechte und die Linke im Namen von Wirtschaft und Demokratie einander befehlen, als könnten die zwei Grundfunktionen der Gesellschaft in zwei verschiedenen Parteien im Staate verkörpert sein! Hinter den Parolen steckt aber grausame Wirklichkeit. Die Linke ist in der Demokratie verankert, die Rechte ist es in der Wirtschaft. Und gerade dadurch wird die zwischen Wirtschaft und Politik vorhandene Funktionsstörung zu einer katastrophalen Polarität gespannt.«

Aus dem Bereich der politischen Demokratie entspringen die Kräfte, die in die Wirtschaft eingreifen, sie stören und unterbinden. Die Wirtschaft antwortet mit einem Generalsturm gegen die Demokratie als die Verkörperung unverantwortlicher, unsachlicher Wirtschaftsfreundlichkeit... Eine Gesellschaft, deren politisches und wirtschaftliches System einander widerstritten, wäre unfehlbar dem Untergang oder dem Umsturz geweiht.«



Illustration: 123RF/Vladimir Yudin (M)

Die große Transformation

Ende vergangenen Jahres haben Michael Brie und Dieter Klein an dieser Stelle unter der Überschrift »Das Richtige und das Notwendige« ihre Auffassung dazu begründet, warum



Foto: Linke Hamburg/Karin Desmarowitz

die Linke Umgestaltung im Kapitalismus und Umgestaltung über den Kapitalismus hinaus verbinden muss. Nun antworten Joachim Bischoff und Christoph Lieber darauf in einem Beitrag, der auch auf der Website der Zeitschrift »Sozialismus« er-



Foto: VSA-Verlag

scheint. Bischoff ist Soziologe, Publizist und saß für die Linkspartei in der Hamburger Bürgerschaft, er gehört dem Herausgeberkreis von »Sozialismus« an. Lieber ist Redakteur der Zeitschrift und Lektor im VSA-Verlag.

Von beiden erschien zuletzt: Die »große Transformation« des 21. Jahrhunderts. Politische Ökonomie des Überflusses vs. Marktversagen. Eine Flugschrift, 168 Seiten, 14,80 Euro, VSA: Verlag Hamburg 2013. Mehr unter www.vsa-verlag.de/

nd-shop